

Schulischer Musikunterricht in Dur und Moll

Eine nicht repräsentative Umfrage der Hochschule Luzern bei Schulleiterinnen und Schulleitern aus der ganzen Schweiz gibt Hinweise darauf, dass der Musikunterricht zwar vielerorts engagiert angegangen wird, ein Teil der Lehrpersonen jedoch keine adäquate Ausbildung dafür mitbringt.



Foto: Rudolf Weber

Die Klasse wird zum Orchester: Musikschulen und Volksschulen arbeiten immer häufiger zusammen.

Musikunterricht, so hat die Abstimmung zum Verfassungsartikel «Musikalische Bildung» vom vergangenen September mit Nachdruck bestätigt, kann in der Schweizer Bevölkerung auf breite Unterstützung zählen. Mit der neuen Verfassungsbestimmung soll insbesondere die Begabtenförderung verstärkt werden. Eine schmale Spitze ist jedoch nur stabil, wenn sie auf einem breiten Fundament ruht.

Auf Anregung des Verbands Schweizer Schulmusik (VSSM) und des Schweizer Musikrats (SMR) hat die Hochschule Lu-

zern deshalb in konzentrierter Form Daten zu den drei Themenbereichen Ausbildung der Lehrpersonen, Durchführung des Unterrichts sowie Infrastruktur erhoben. Die Umfrage wurde mit Unterstützung der entsprechenden Berufsverbände in allen Landesteilen durchgeführt.

**Jürg Huber und
Marc-Antoine Camp**

Insgesamt gingen 176 Antworten aus 19 Kantonen und Halbkantonen ein, davon 97 aus der französischsprachigen, 68 aus

der deutschsprachigen und 12 aus der italienischsprachigen Schweiz. 105 Rückmeldungen betrafen die Primarschulstufe und 119 die Sekundarstufe I. Da besonders in der Deutschschweiz nur ein sehr kleiner Teil der im Berufsverband organisierten Schulleitungspersonen antwortete, können die Resultate keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Jedoch geben sie Hinweise auf den aktuellen Stand des Musikunterrichts an der Volksschule.

Pflicht erfüllt

Der obligatorische Musikunterricht findet gemäss Auskunft der teilnehmenden Schulleitungspersonen überwiegend statt, an den Sekundarschulen sogar beinahe durchgehend und dort auch in speziell dafür ausgerüsteten Musikräumen. Bezüglich dieser Stufe ist zu beachten, dass sich dieses positive Ergebnis lediglich auf das Pflichtangebot bezieht, das häufig bereits im 8. Schuljahr endet; immerhin 60% der Antwortenden geben an, dass auch ein musikalisches Wahlfach für das 9. Schuljahr durchgeführt

wird. An 80% der antwortenden Primarschulen besteht ein zumeist in den Stundenplan integriertes Angebot «Musikalische Grundschule» oder «Musik und Bewegung». Jedoch ist der obligatorische Unterricht an knapp einem Viertel dieser Primarschulen bloss «zum grösseren Teil» gewährleistet.

Unterricht auch durch unausgebildete Personen

Die neue Unübersichtlichkeit, die mit dem Systemwechsel der Lehrerbildung hinsichtlich des Musikunterrichts entstanden ist, widerspiegelt sich auch in der Umfrage. Neben Primarschullehrpersonen mit einer entsprechenden fachlichen und didaktischen Ausbildung unterrichten auch Instrumentallehrpersonen und Absolvierende des Studiengangs «Musik und Bewegung» das Fach. Abgesehen von den Pädagogischen Hochschulen in St. Gallen und im Tessin sowie den Unterstufenlehrgängen der Westschweizer Hochschulen ist Musik vom obligatorischen Bereich in den Wahlbereich verschoben worden. Was auf eine Intensivierung und Vertiefung der musikalischen Ausbildung hoffen lässt, hat zur bedenklichen Folge, dass an zwei Fünfteln der antwortenden Schulen auch Personen ohne jegliche musikalische Ausbildung das Fach unterrichten.

Mangel an Musiklehrpersonen in Sicht

Etwas anders präsentiert sich die Situation auf der Sekundarstufe I. Mit der tendenziellen Abkehr vom Monofachsystem (Schulmusik I) und der Integration der Musik in den Wahlbereich der regulären Sekundarschulbildung ist die fachliche Ausbildung zeitlich bedeutend weniger dotiert als beim Studiengang Schulmusik I. Vorteilhaft ist hingegen die bessere Integration der Lehrpersonen in die Schule. So

übernehmen gemäss Umfrage mehrheitlich Lehrpersonen mit Fächerkombinationen inklusive Musik den Musikunterricht, gefolgt von Monofachlehrpersonen. Dennoch scheint sich auch hier ein Mangel an musikalisch ausgebildeten Lehrpersonen abzuzeichnen, wie die erhobenen Daten aufzeigen und freie Rückmeldungen in der Umfrage bestätigen. Immerhin ein Siebtel der antwortenden Schulen lässt auch Personen ohne entsprechende Ausbildung den Musikunterricht erteilen.

«Klassenmusizieren ist Zukunft»

Den Problemen in der Lehrerbildung stehen ermutigende Aktivitäten an der Basis gegenüber. So wird in den Kommentaren etwa von der engen Zusammenarbeit zwischen Volksschule und Musikschule berichtet. Dies betrifft die musikalische Grundschule und besonders auch die Bläserklassen und das Klassenmusizieren ganz allgemein. Bei diesen Angeboten wird die Klasse zum Orchester, in denen jedes Kind ein Instrument spielt. Je nach Modell geschieht dies – meistens auf der Mittelstufe – in unterschiedlicher Zusammenarbeit von Primarlehrpersonen und Instrumentallehrpersonen. «Klassenmusizieren ist Zukunft», bringt es eine Schulleitungsperson aus Zürich auf den Punkt. Allerdings bleibt bei dieser Art von Musikunterricht darauf zu achten, dass andere Aspekte des Faches nicht zu kurz kommen.

Mehrere Rückmeldungen aus der Romandie weisen darauf hin, dass ein Chor- und Orchesterangebot nicht erst auf der Sekundarstufe, sondern bereits auf der Primarschulstufe existiert. Ein kritischer Kommentar kommt hingegen aus dem Kanton Waadt, hätten doch die künstlerischen Fächer die Kosten der Umsetzung des Plan d'études romand zu tragen. Dies gilt es in der Deutschschweiz genau zu verfolgen,

steht doch die Einführung des Lehrplans 21 auf das Schuljahr 2014/15 an. Dieser bringt gemittelt über alle Kantone zwar eine leichte Erhöhung der Stundendotation. In Kantonen mit einem gut ausgebauten Musikunterricht wie etwa Basel-Stadt ist indes eine Verschlechterung des Angebots zu

befürchten, wie die dortige Fachschaft Musik diesen Frühling aufgezeigt hat.

Weiter im Netz

www.verbandschweizerschulmusik.ch
www.musikrat.ch

Keine Privatisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen im Aargau gewünscht

Die Heilpädagogischen Sonderschulen im Kanton Aargau sollen im Sinne einer Gleichbehandlung aller Kinder Teil der Volksschule bleiben. Dies fordert der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband alv in einer Resolution.

Der Kanton Aargau hatte per Ende 2012 die Trägerschaft für die Heilpädagogische Sonderschule Aarau an die privatrechtliche Stiftung Schürmatt übergeben. Die quasi in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vollzogene Übernahme habe Lehrpersonen, Eltern und Schüler aufgerüttelt, schreibt der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband alv in einer Medienmitteilung. Der alv reagierte mit einer Resolution «Stopp der Übernahme der Heilpädagogischen Schulen durch privatrechtliche Institutionen», welche er am 12. Juni mit knapp 2700 Unterschriften der Regierung überreichte.

«Schülerinnen und Schüler mit einer geistigen Behinderung gehören zu unserer Gesellschaft. Sie haben das Recht auf eine öffentliche Schule, wie alle andern Kinder», schreibt der alv in der Begründung zur Resolution. Eine Privatisierung laufe der allgemeinen Tendenz der Integration aller Kinder in die Volksschule entgegen.

Der alv stützt sich unter anderem auf eine durch den Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH in Auftrag gegebene rechtliche Beurteilung der Anforderungen an eine Privatisierung der Sonderschulen im Kanton Aargau. «Auslagerungen staatlicher Aufträge an private Trägerschaften sind nur möglich, wenn die Grundrechte gewährt bleiben, die Wirtschaftsfreiheit beachtet wird und ein Privatisierungsgesetz vorliegt», schreibt der alv. «Im Falle der HPS Aarau fand keine öffentliche Submission statt, der Rechtsschutz ist ungenügend geklärt.»

Der alv verlangt deshalb eine Vorlage zur Kantonalisierung der HPS, damit die gesamte Volksschule durch den Kanton gesteuert wird und die Schnittstellen zwischen Regelschule und Sonderschule geklärt werden. «Die rechtlichen Lücken müssen geschlossen werden. Es braucht ein Privatisierungsgesetz. Ebenso muss der Kanton den Beitritt zum Sonderschulkonkordat klären», fordert der alv.

df

Weiter im Netz

www.alv-ag.ch